

## **Glanz und Elend eines radikalen Konzepts --**

### **Oder: Warum das Grundeinkommen nicht in unsere Zeit passt**

#### 1. Eine schöne Idee

Dass die Idee eines allgemeinen Grundeinkommens wieder einigen Anklang findet, muss nicht überraschen. Drei Jahrzehnte Massenarbeitslosigkeit und die Aussicht auf weitere Jahre des Niedergangs von traditionellen Industriesektoren und -berufen führen das Ziel Vollbeschäftigung offenbar ad absurdum. Die gängigen staatlichen Gestaltungsoptionen wirken erschöpft, die wachsende Ungleichheit der Lebenschancen unaufhaltsam, eine wirkliche „Lösung“ der sozialen Probleme auf herkömmlichen Wegen nicht erwartbar.

Vor diesem Hintergrund repräsentiert das allgemeine (auch garantierte oder bedingungslose) Grundeinkommen eine „reale Utopie“. Es ist eine attraktive Idee, deren utopischer Charakter in dem Maße zu verschwinden verspricht, wie immer mehr Menschen sich von ihr ergreifen lassen. Nachdem nun auch Politiker der CDU mit dem Grundeinkommen liebäugeln, scheint die Aufwertung der Idee zur realen sozialpolitischen Alternative nicht mehr fern zu sein, oder?

Zugegeben, mit einem bisschen Phantasie ließe sich das Bild einer harmonischen Gesellschaft ausmalen, in der nur diejenigen zu arbeiten brauchen, die es entweder nicht lassen können oder unbedingt mehr als, sagen wir, 1.250 Euro im Monat auf den Kopf hauen möchten. Alle anderen, also die Vernünftigeren und Bescheideneren, wären dagegen vom Makel der Arbeitslosigkeit und der Peinlichkeit wiederholter Bedürftigkeitsprüfungen befreit und würden allerlei selbstbestimmten Tätigkeiten nachgehen. Als Bezieher eines garantierten Grundeinkommens könnten sie selbst entscheiden, ob sie lieber etwas hinzuverdienen, unbezahlte Betreuungsarbeit leisten, sich politisch engagieren oder sich ihrer geistigen und körperlichen Vervollkommnung widmen wollen.

Leider stößt diese schöne Abstraktion von der Welt, wie sie ist, auf zwei hässliche Zweifel. Würde das Projekt "soziale Harmonie durch Grundeinkommen" tatsächlich funktionieren, nachdem alle Widerstände gegen seine Einführung überwunden wären? Und gibt es auch einen gangbaren Weg vom Status quo zum Ziel bzw. ist die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens heute und hierzulande wirklich möglich? Es versteht sich, dass *beide* Fragen

mit einem überzeugenden Ja beantwortet sein müssten, damit aus der seit langem bekannten Idee eine aktuelle Alternative werden könnte.

## 2. Funktionsprobleme

Betrachten wir zunächst die Frage der Funktionsfähigkeit. Denn die Erfahrung lehrt, dass sich schon manche Idee durchgesetzt hat, die erst im Nachhinein als allzu nachteilig oder unzweckmäßig erkannt wurde. Für ein Tauglichkeitsurteil über das Grundeinkommen ist entscheidend, ob es mit den gegenwärtigen und zukünftigen Bedingungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt harmoniert. Diese sind bekanntermaßen durch die anhaltende Globalisierung der Wirtschaft und die Ablösung der klassischen Modernitätszentren USA, Japan und Europa durch die neuen Wachstumszentren China, Indien und Brasilien geprägt. Sie manifestieren sich im beschleunigten Technologie- und Strukturwandel sowie den dadurch gesteigerten Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen an die Arbeitskräfte in neuen und alten Industrieländern.

Diese Bedingungen sprechen nur in sehr oberflächlicher Betrachtung für den Ausbau bzw. die Schaffung eines Netzes arbeitsunabhängiger Existenzsicherung. Genauer besehen entpuppt sich dieses mehr als Hindernis denn als Sicherheitsnetz der Anpassung an die wechselhafte und mit vermehrten Unsicherheiten belastete Arbeitswelt. Denn ein Grundeinkommen, das als attraktive Alternative zur Erwerbsarbeit taugt, wird die Empfänger im Glauben wiegen, dass es auf ihre (Weiter-)Bildungs- und Mobilitätsbereitschaft nicht mehr ankommt. Das Resultat, das manche Grundeinkommensbefürworter ausdrücklich anstreben, ist eine niedrigere Erwerbsquote, die notwendig (wenngleich oft übersehen) mit einer geringeren Produktionsleistung (sprich: Sozialprodukt) verbunden ist.

Mit der Orientierungsalternative jenseits des Arbeitsmarkts und dem in Kauf zu nehmenden Sozialprodukt-, d.h. Wohlstandsoffer widerspricht das Grundeinkommen ungefähr allem, was Deutschland unter den aktuellen Bedingungen braucht und verkraften kann. Angesichts der insbesondere bei vielen Jugendlichen bestehenden Qualifikations- und Motivationsdefizite, der immer noch existierenden Schranken und Mobilitätshemmnisse im Gewerbe-, Sozial- und Arbeitsrecht sowie der Qualitätsprobleme im Bildungssystem bedarf es Reformen, die genau in die entgegengesetzte Richtung zielen. Woran es mangelt, sind nicht Rückzugsoptionen, sondern Inklusionsanreize – Anreize, die auf Seiten der Individuen Lust und Fähigkeit wecken, dem rascher werdenden Wandel des Beschäftigungssystems zu folgen. Was fehlt, ist *mehr*, nicht weniger Bereitschaft, seine Erwerbschancen realistisch zu kalkulieren und sich mit komplexeren Erwerbsbiographien anzufreunden.

Dass unser Sozialstaat, so wie er gewachsen und in Krisenzeiten umgemodelt worden ist, kaum hilft, sich den neuen Bedingungen anzupassen, steht außer Frage. Das Grundeinkommen würde das nur verschlimmern. Während jede zusätzlich beschäftigte Arbeitskraft das Sozialprodukt erhöht (und Sozialtransfers spart), bringt jede per Grundeinkommen „stillgelegte“ Arbeitskraft eine Einbuße am Sozialprodukt und drückt damit auf die Wachstumsrate der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Ein Grundeinkommen, das zum Austritt aus der Erwerbsarbeit reizt, untergräbt deshalb seine Finanzierungsbasis, egal ob sie durch höhere Einkommensteuern oder eine höhere Mehrwertsteuer gewährleistet sein soll. Es führt in den selben Teufelskreis wie die Arbeitslosenversicherung: Statt die Folgen eines Beschäftigungsrückgangs mit großzügigen Transferleistungen zu kompensieren, müssen die Transferzahlungen laufend den geringeren Beitragseinnahmen und den steigenden Haushaltsdefiziten angepasst werden.

Grundeinkommensbefürworter mögen als Kompromiss vorschlagen, zunächst mit einem bescheidenen Monatsbetrag anzufangen und diesen dann schrittweise aufzubessern. Doch sie befinden sich aus zwei Gründen im Irrtum. Zum einen dürften die Nettozahler selbst in "guten" Zeiten wenig Verzichtsbereitschaft zeigen. Die Solidaritätsbereitschaft der BürgerInnen hat – unter dem Stress hoher Berufsansforderungen und verschärfter Konkurrenz – eine andere normative Basis als zur Zeit breit verteilter Wohlstandsgewinne: Sie beruht auf der Reziprozitätsnorm des fairen Tauschs und setzt auf Seiten der Transferempfänger die grundsätzliche Bereitschaft zu Gegenleistungen voraus. Zumindest wird als Gegenleistung erwartet, sich aktiv um eine Begrenzung der Transferbedürftigkeit, konkret: ein eigenes Erwerbseinkommen, zu bemühen.

Zum zweiten war nie deutlicher als heute, wie sehr es eine Mehrheit der BürgerInnen ablehnt, die Entstehung abgesonderter sozialer Milieus mit abweichenden Werten und Normen als Normalfall hinzunehmen. Setzte sich die vielbeklagte Entwicklung von sog. Parallelgesellschaften fort, was aus verschiedenen, voneinander unabhängigen Ursachen nicht ganz unwahrscheinlich ist, so ist sehr wenig Bereitschaft zu erwarten, seinen Arbeitsverdienst mit denen zu teilen, die die Mehrheitsgesellschaft mit einer anderen Werteordnung und anderen Spielregeln konfrontieren. Doch nach allem, was man wissen kann, würde ein allgemeines Grundeinkommen bei gleichzeitig gelockertem Zwang zur Jobsuche die gesellschaftlichen Zentrifugalkräfte und damit die Tendenz zur (Selbst-) Exklusion verstärken. Das mag vor 20 oder 30 Jahren, also „vor“ dem EU-Binnenmarkt und der informationstechnischen Integration der Globalwirtschaft durchaus anders gewesen sein. Heute würde das Grundeinkommen zum Katalysator sozialer Desintegration.

### 3. Startprobleme

Der enorme Finanzbedarf eines attraktiven Grundeinkommens stellt wohl sein größtes Handikap dar. Da die verfassungsrechtlich geschützten Rentenversicherungsansprüche nicht zur Gegenfinanzierung heranziehbar sind, wird das Umverteilungsvolumen für ein eher bescheidenes Niveau von monatlich 800 Euro auf 150 bis 200 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Zur Finanzierung bleiben nur die Optionen der Einkommen- bzw. Verbrauchsbesteuerung.

Setzt man auf höhere Einkommen- bzw. Lohnsteuer, so ist in Kauf zu nehmen, dass zahlreiche an der Rentabilitätsgrenze wirtschaftende Kleinunternehmer und viele niedrig entlohnte Arbeitnehmer ihre Erwerbsarbeit aufgeben und ins Lager der Grundeinkommensbezieher wechseln. Darauf kann die Sozialpolitik nicht anders als durch Absenkung des Transferniveaus reagieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Betroffenen weder hinreichend organisations- noch konfliktfähig sein, um sich gegen die sukzessive Absenkung des Grundeinkommens zu wehren. Damit erhöht sich der soziale Exklusionsdruck und es wächst wieder der Bedarf an „bedürftigkeitsgeprüften“ Leistungen. Über kurz oder lang wären wir wieder dort, wo man anfing: BSHG und Hartz IV.

Die Alternative einer deutlichen Erhöhung der Verbrauchssteuern – es ist von einem Mehrwertsteuersatz von mehr als 40 % die Rede – dürfte dagegen am Widerstand der primär Begünstigten scheitern: Geringeinkommensbezieher haben allemal die Hauptlast höherer Preise zu tragen. Gewiss ließen sich Lebensmittel und Mieten weiterhin von der Steuererhöhung ausnehmen. Aber auch Unterhaltungs- und Mobilitätsgüter zählen zum kulturellen Existenzminimum. Vor dem Hintergrund eines ohnehin sehr bescheidenen Lebensstandards würde ihre Verteuerung als Provokation empfunden werden – trotz eines etwas höheren Einkommens. Außer einer unerwünschten Dämpfung des Konsumklimas brächte die radikale Mehrwertsteuererhöhung wiederum ein Mehr an Exklusionsdruck.

Weil das Dilemma der Startfinanzierung unweigerlich die Diskussion aller konkreten Vorschläge bestimmt, ist kaum anzunehmen, dass die Idee so bald auf die Agenda ernstgemeinter Entscheidungsthemen kommt. So attraktiv sie aus der Ferne betrachtet zu sein scheint, in der absehbaren Zukunft dürfte sie bleiben, was sie ist: ein symbolträchtiges Thema, mit dem einzelne Akteure und politische Strömungen ihren guten Willen und ihr vermeintlich soziales Gewissen demonstrieren können. Einige andere mögen die Idee auch nur benutzen, um die Öffentlichkeit über das Spektrum der tatsächlich realisierbaren und diskussionswürdigen Alternativen zu täuschen.

#### 4. Alternativen

Wenn das Grundeinkommen nicht zur Abwehr der sozialen Spaltungs- und Exklusionstendenzen taugt, bleibt die Frage nach besser geeigneten und „machbaren“ Alternativen. Auch diese sind heftig umstritten.

Seit der Agenda 2010 hat der sozialpolitische Konflikt eine neue Gestalt angenommen. Die Jahrzehnte lang eingeübten Frontstellungen stimmen nicht mehr. Eine etwas vereinfachte Diagnose legt es nahe, die kämpfenden Gruppen nicht mehr mit Parteilagern (links und rechts) oder ökonomischen Funktionen (Arbeit und Kapital) zu identifizieren, sondern mit der jeweils bevorzugten Zeitreferenz. Im Kern handelt es sich um einen Konflikt zwischen "Nostalgikern" und "Futuristen".

Die „Nostalgiker“ richten ihren Ehrgeiz auf die Verteidigung von Problemdefinitionen und Ansprüchen aus der Zeit einer über Realeinkommenszuwächse integrierten Wohlstandsgesellschaft mit einer exportstarken, aber von Auslandseinflüssen weitgehend unabhängigen Volkswirtschaft. Dagegen berufen sich die „Futuristen“ auf die neuen, teilweise schon eingetretenen, teilweise unabweisbar werdenden Funktionsbedingungen der Güter- und Arbeitsmärkte. Erstere profitieren von der Unterstützung durch mitgliederstarke und weltbildgefestigte Organisationen wie Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und strukturkonservative Parteiliten. Letztere, die Futuristen, leiden unter dem Handicap, dass es keine Organisationen der Zukunft gibt und manche ihrer Reformvorschläge mit interessegeleiteten Forderungen der Wirtschaft übereinstimmen.

Sinnvolle Alternativen können aber nicht umstandslos auf traditionelle Modelle Bezug nehmen, sondern müssen auf die Realität der Güter- und Arbeitsmärkte von heute abgestellt sein – unabhängig davon, ob man diese Orientierung als neoliberal oder realitätsgerecht tituliert. Dementsprechend geht es im Interesse fairer Chancen für alle und im Anschluss an die Sozialreformen der rot-grünen Regierung v.a. um zwei Dinge: (1) die Mobilitätsbereitschaft und Qualifikationsbemühungen der Erwerbsfähigen nachhaltig zu stärken und gleichzeitig (2) durch Gewerbe-, Sozial- und Arbeitsrechtsreformen die Bedingungen für eine erhebliche Steigerung der Arbeitsnachfrage und damit für eine moderne, hochflexible und innovationsstarke Wirtschaft wieder herzustellen.

Diese Kernziele schließen zwar die Einführung eines Grundeinkommens aus, aber lenken den Blick auf eine kritische Bestandsaufnahme und den Reformbedarf des sozialen Sicherungsnetzes. Erleichterte Mobilität setzt nicht nur voraus, dass konservative Besitzstandssicherungen wie im Kündigungsrecht zugunsten verlässlicher Abfindungsansprüche abgebaut werden. Beispielsweise gehörte auch dazu, Stellenwechsel, Jobsuche und Probearbeitsverhältnisse durch großzügigere Transferleistungen in den Zeiten kurzfristiger Nichtbeschäftigung zu erleichtern. Das ganze Sozial- und Arbeitsrecht wäre nach analogen Reformoptionen zu scannen.

## 5. Ausblick

In diesem Beitrag konnten nur einige Aspekte des Themas Grundeinkommen behandelt werden. Andere, wie z.B. die Verträglichkeit der Idee mit dem demographischen Wandel und der absehbaren Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte, blieben außen vor. Es sollte auch nicht der Eindruck erweckt werden, das Grundeinkommen sei eine für alle Zeiten und Bedingungen unpassende Idee. Es wäre höchst wünschenswert, wenn die Gesellschaft sich ein allgemeines Grundeinkommen leisten könnte, das – ohne die soziale Integration zu gefährden – mehr Freiheit im Umgang mit Erwerbs- und anderen Tätigkeitsoptionen ermöglichte.

Bis eines Tages ein solcher Zustand erreicht sein mag, empfiehlt sich die intensivere Beschäftigung mit einem verwandten, aber weniger voraussetzungs-vollen Instrument der Sozialpolitik, der sog. negativen Einkommensteuer. Diese setzt im Unterschied zum Grundeinkommen eine aktive Erwerbsbeteiligung voraus und kommt, da das Haushaltseinkommen die Bemessungsbasis ist, zielgerecht denen zugute, deren Bedürftigkeit außer Frage steht. Durch umsichtige Mindestlohnnormen ließe sich auch der Gefahr der Ausbeutung in Form von Niedrigstlöhnen begegnen. Es gibt also durchaus Passenderes zu befördern als die Idee des Grundeinkommens.